



Evangelische Verantwortung

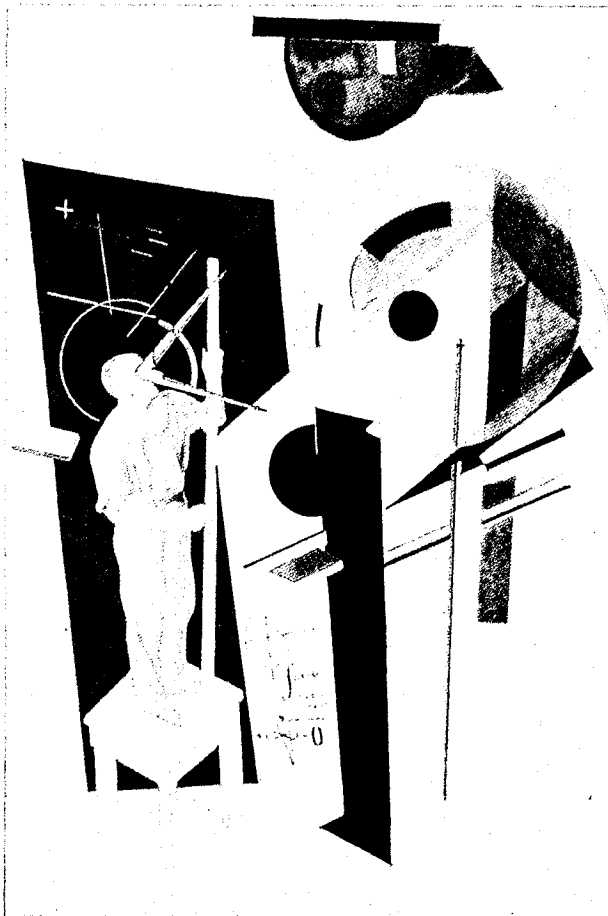
Juni 1986

Mensch und Technik

Klaus-Jürgen Hedrich

In den vergangenen Jahrhunderten bedeutete technischer Fortschritt für den einzelnen Menschen auch immer individueller Fortschritt. Der Kohleherd war gegenüber der offenen Feuerstelle, die Waschmaschine gegenüber dem Waschbrett eine offenkundige technische Verbesserung, die keinerlei Begründung bedurfte.

Generationenlang haben wir Technik in dieser Art erfahren.



El Lissitzky, Tatlin an der Arbeit 1924

Doch nicht erst seit dem Challenger-Unglück und der Katastrophe von Tschernobyl werden die Gefahren der Nichtbeherrschbarkeit der Technik immer deutlicher.

So ist es nicht verwunderlich, daß sich immer mehr Menschen nach dem Preis für den technischen Fortschritt fragen. Bezahlen wir ihn nicht vielleicht mit menschlicher Substanz und menschlicher Integrität?

Noch im ausgehenden 19. Jahrhundert prägte mit dem Positivismus eine Geisteshaltung unsere Gesellschaft, die daran glaubte, daß letztlich alles machbar sei und die Errungenschaften einer technischen Welt als höchstes aller Güter pries.

Ambivalenz der Technik

Im Gegensatz dazu hat in den letzten Jahren ein Umdenken stattgefunden, das die Auswirkungen der Anwendung von Technik gerade auch im Hinblick auf nachhaltige und nicht wieder gutzumachenden Schäden nicht nur noch positiv sieht. Uns wird immer klarer, welche schweren Schäden wir unserer Umwelt zugefügt haben, bedingt auch dadurch, daß wir das Gebot Gottes aus der Schöpfungsgeschichte „uns die Erde untertan zu machen, sie zu beherrschen, zu bebauen und zu bewahren“, falsch verstanden haben. Vielfach ging es uns einfach nur um das Herrschen, das Untertanmachen, das Bebauen und Ausbeuten unserer Erde und nicht darum, wie das Alte Testament in der Schöpfungsgeschichte fordert, auch um den bewahrenden Umgang mit der Umwelt.

Die Erfahrungen der letzten drei Jahrhunderte lassen uns zu Recht auf die Ambivalenz der Technik verweisen. Einerseits eröffnet die technologische Entwicklung den Menschen die Möglichkeit zur Beseitigung von Hunger und Elend in der Welt und schafft die Grundvoraussetzung für ein menschenwürdiges Leben, andererseits eröffnet sie dem Menschen aber auch die Möglichkeit zur Selbstvernichtung und

schafft die Voraussetzung für eine absolute Erniedrigung und Abhängigkeit des Individuums, für eine „technische Tyrannei“.

An dieser Stelle wird deutlich, daß das Prinzip „Technik“ immer auch eine religiöse Dimension aufwirft, indem es die Frage nach der Zukunft beinhaltet.

Wird sie ein „Ritt auf dem Tiger“ werden oder eine Fahrt in unbegrenztes Glück? Wie wird das private, wie wird das gesellschaftliche Leben in der Zukunft aussehen?

Auf der einen Seite stellt sich die Zukunft als das Nicht-Machbare, als das Nicht-Beherrschbare dar. Auf der anderen Seite ist sie das Feld unbegrenzter Möglichkeiten. Alles kann es geben: Wohlstand wie grenzenlose Armut, allgemeine Glückseligkeit wie Chaos, Leben wie Tod. Aber gerade dies macht deutlich, daß die Zukunft nicht nur eine Sache der Futurologen oder Planer ist, sondern eine Frage, bei der es um letzte Wertentscheidungen geht. Angesichts von Zukunft steht alles auf dem Spiel, das Schicksal der Welt, das Schicksal des einzelnen, die Sinnhaftigkeit des Lebens, die Menschlichkeit.

Niemand kann die Augen davor verschließen, daß die Auswirkungen der Technik eine Fülle moralischer Probleme aufwerfen. Gerade die in letzter Zeit immer heftiger gewordene Debatte über die Anwendung und die Folgen der Gentechnologie hat die Tendenz verdeutlicht, wie sehr der technische Fortschritt unsere Haltung zur Anwendung neuer Möglichkeiten beeinflusst und zugleich zahlreiche neue Fragen aufwirft.

Oder denken wir an die wieder aufflammende Diskussion um den § 218.

Heute sind wir soweit, das Geschlecht des Ungeborenen schon sehr bald nach der Empfängnis feststellen zu können. Durch Umfragen oder auch in Gesprächen kann man aber leicht erfahren, daß sich die meisten Menschen eher Jungen als Mädchen wünschen; zumindest gilt dies für das 1. Kind. Der bevorzugte Wunsch plus die Möglichkeit sehr früher Geschlechtsbestimmung plus erlaubter Abtreibung kann innerhalb der nächsten Generationen zu einem starken Überhang männlicher Neugeborener führen. Welche Auswirkungen wird dies auf die Gesellschaft haben? Sind unsere Manipulationen am ungeborenen Leben, der Wunsch nach einem bestimmten Geschlecht, nach einer bestimmten Augenfarbe wichtiger als die „Ehrfurcht vor dem Leben“?

Unbehagen an der Kultur

Man braucht kein Querulant oder kein Pessimist zu sein, um zu erkennen, daß unser vielgepriesener technischer Fortschritt sehr bald in eine Katastrophe führen kann. Doch nicht nur diese objektive Einschätzung sondern auch die besondere Empfindungswelt des modernen Menschen begründen das heutige Unbehagen großer Teile der Bevölkerung. Schon immer wollen sich viele an dem materiellen Fortschritt erfreuen, den sie hoch schätzen, für den sie auch

kämpfen würden. Tatsächlich plädieren nur diejenigen für irgendeine Art Askese, die mit den Früchten des materiellen Fortschritts aufgewachsen sind und die niemals ernsthafte Entbehrungen erfahren mußten. Die geistige Not der Moderne – wie Jacques Monod es nennt – ruft das Gefühl von Furcht, wenn nicht gar von Haß hervor, auf jeden Fall ein Gefühl der Entfremdung, das heute so viele Menschen angesichts der wissenschaftlichen Zivilisation empfinden. Die Abneigung kommt offen zumindestens gegenüber den technischen Nebenprodukten der Wissenschaft zum Ausdruck: der Bombe, der Zerstörung der Natur und der bedrohlichen Bevölkerungsentwicklung.

Es läßt sich natürlich leicht erwidern, daß die Technik nicht die Wissenschaft ist und daß zumindest gegenwärtig die Nutzung der Kernenergie für das Überleben der Menschheit unerläßlich ist, daß die Zerstörung der Natur nicht nur zu viel, sondern auch vielfach eine unzulängliche oder falsch angewandte Technik verrät, daß die Bevölkerungsexplosion darauf zurückgeht, daß jedes Jahr Millionen Kinder vom Tode getötet werden.

Sollte man sie wieder sterben lassen?

Nur eine solche Antwort geben, hieße nicht die Wurzel des tiefen Unbehagens an der Kultur zu greifen. Die erstaunliche Entfaltung der Erkenntnis seit 300 Jahren zwingt den Menschen heute, die seit zehntausenden von Jahren tief verwurzelte Vorstellung, die er sich von sich selbst und seinem Verhältnis zur Welt gemacht hat, zu revidieren, mindestens aber zu überprüfen. Was wir brauchen, ist eine „neue Art zu denken“, eine neue „Ehrfurcht vor dem Leben“ (Albert Schweitzer) und ein neues, intensives Wahrnehmen der Verantwortung für die Schöpfung. (Gemeinsame Erklärung der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz).

Die Energieversorgung

Eine der tiefst greifendsten Folgerungen der modernen Zivilisation ist unser ungeheurer Bedarf an Energie. Der Weltenergiebedarf steht unter dem Zeichen von zwei Phänomenen:

1. unter dem Streben der Menschen nach ständig steigendem Wohlstand und Fortschritt
2. unter der explosionsartigen Zunahme der Weltbevölkerung.

Die Frage, ob die immensen Energiemengen durch die herkömmlichen Brennstoffe zur Verfügung gestellt werden können, weist auf ein gerade in unseren Tagen bedrängendes Problem hin: Die Kernenergie.

Gerade nach Tschernobyl kann keiner von uns die Augen vor den tiefen Sorgen und Ängsten der Bevölkerung gegenüber den Gefahren dieser Energiequelle verschließen. Es muß daran erinnert werden, daß der Kernenergie die Rolle eines Wegbereiters für ein völlig neues Sicherheitsdenken in der Technik zufällt. Gerade die Bundesrepublik entwickelte hier erst-

mals in einer technischen Richtung Sicherheitsmaßnahmen nicht aus praktischen Unfallerfahrungen. Bei der Kernenergie wurden von vornherein ganz außergewöhnliche Schutzmaßnahmen gefordert und auch erfüllt. Auf der anderen Seite wird aber immer ein gewisses Restrisiko bleiben.

Dieses Restrisiko zu minimieren, muß in kommenden Jahren unsere ganze Anstrengung gelten. Verstärkt müssen wir uns für die nächsten Jahrzehnte zum Ziel nehmen, andere „unerschöpfliche“ Energiequellen zu erschließen und zu verwerten. Den hohen Sicherheitsstandard deutscher Kernkraftwerke gilt es ständig zu überprüfen und zu verfeinern.

Fortschritt und Freiheit

Viele Überlegungen lassen es geradezu als sinnwidrig erscheinen, die technische Entwicklung stoppen zu wollen. Zum einen ist eine solche Entwicklung die Vorbedingung für jeden Fortschritt, zum anderen widerspricht eine solche Absicht zutiefst dem Wesen des Menschen. Das unbändige Verlangen nach einer neuen, besseren Erkenntnis, das Streben nach Wissen schlechthin, ist eines der ureigensten Merkmale des Homo sapiens.

Wie anders wäre sonst zum Beispiel die jährlich wiederkehrende Attraktion des Stern-Wettbewerbs „Jugend forscht“ zu erklären.

In diesem Zusammenhang ist sicher die These richtig, daß die Entwicklung der Zivilisation getragen wird von einer Minderheit, den Begabten, Neugierigen, Strebenden, die mit den gegebenen Verhältnissen nicht zufrieden sind. Sie zeigen den Weg, die große Masse folgt. Dieses Streben, dem durch die Jahrtausende die Philosophen und Theologen große Aufmerksamkeit geschenkt haben, läßt sich auch mit dem einfachen Begriff „Forschung“ belegen. Solange es Menschen gibt, gab es Forscher, ob es nun Geisteswissenschaftler wie Thomas von Aquin oder Descartes oder Naturwissenschaftler wie Aristoteles oder Max Born oder die großen Entdecker von Marco Polo bis Vasco da Gama waren. Immer brannte in ihren Herzen die nie erlöschende Sehnsucht nach „mehr Wahrheit“. So manche Widerwärtigkeit des Schicksals, der Natur und die Torheit der eigenen Artgenossen stellte und stellt sich ihnen in den Weg. Doch dies alles konnte nur bremsen, nie endgültig aufhalten.

Das Streben nach Erkenntnis aber ist die Schwester der Freiheit. Jeglicher Fortschritt wird letzten Endes nur ermöglicht durch die Freiheit der Forschung, denn die Freiheit zu denken ist die Freiheit des Individuums schlechthin. Dort, wo Bücher verbrannt werden, verbrennt ein Stück menschlicher Freiheit. Freiheit der Forschung aber beinhaltet auch Verantwortung gegenüber dem eigenen Tun. Kein Wissenschaftler darf sich der Mitverantwortung darüber entziehen, was mit den Ergebnissen seiner Arbeit geschieht. Forschung ohne Verantwortung führt zur inhumanen Gesellschaft.

Verantwortung für die Schöpfung

Die wohl eindrucksvollste Darstellung menschlicher Überheblichkeit ist die Erzählung von der „Erb-sünde“ im Alten Testament. Die Rede von der Erbsünde besagt vor allem, daß jenes mythisch ursprüngliche Menschenpaar nach den Früchten eines „Baumes der Erkenntnis“ greift: das heißt, es gibt unter den anderen Bäumen in jenem als Oase in der Wüste gedachten Garten Eden einen Baum, der den Menschen als Grenze gesetzt ist. Denn – „Erkenntnis des Bösen und Guten“ bedeutet die praktisch realisierte Allwissenheit, die unreflektierte Grenzenlosigkeit, die bewußte Mißachtung eines Gegenübers, vor dem Leben verantwortet wird. Und die beiden Menschen mißachten tatsächlich diese Grenzen – in ihrer freien eigenen Tat. Beide, Mann und Frau, denken: so schlimm kann diese Grenzüberschreitung nicht sein.

Der Wunsch und die Verheißung des „eritis sicut Deus“ (ihr werdet sein wie Gott) – nach Ernst Bloch die eigentliche „frohe Botschaft des christlichen Heils“ und nach Karl Rahner „Der erste Akt der Selbstmanipulation“ – hat nicht korrigierbare Folgen und leitete einen Prozeß ein, hinter dessen Anfang die Menschheit nicht mehr zurück kann. Er initiierte eine „einbahnige, nicht umkehrbare Geschichte“.

Die Hauptursache für die Attraktivität alternativer Ideen, gerade für junge Menschen, scheint in der Methode zu liegen, die Welt und insbesondere die von Wissenschaft und Technik bestimmte Welt durch vereinfachende Schlagworte zu erklären. Das Bewußtsein, der Komplexität und Vielfalt unserer modernen Welt ausgeliefert zu sein, weil man sie nicht mehr durchschauen kann, läßt viele Menschen in Panik und

Aus dem Inhalt

Mensch und Technik	1
Von der Genetik zur Gen-Ethik	4
Zu den Inhalten unserer Erziehung	5
Nachdenken über Deutschland	6
Zur Lage von Ernährung und Landwirtschaft	7
Kirche und Asyl	9
Das Evang. Kirchenamt für die Bundeswehr	10
Leserbrief	11
Kirche und Frauen	12
Thesen zur Seniorenpolitik	12
„Abwärtsspirale durch Mitgliederschwind“	13
Aus unserer Arbeit	14
Buchbesprechungen	16

Existenzangst geraten und die Zuflucht in „das Heil versprechende Ideologien“ suchen.

Vielleicht ist die humane Leistungsgesellschaft eine Antwort auf die Suche nach unserer eigenen Identität; eine Gesellschaft, die aufbaut auf den Prinzipien der Freiheit, Gleichheit und Leistung.

Freiheit als das höchste Gut, das Menschen zuteil werden kann.

Gleichheit als die Möglichkeit, von seinen Fähigkeiten Gebrauch machen zu können.

Leistung als der Maßstab, ohne den eine dynamische und demokratische Gesellschaft nicht bestehen kann.

Gefühle, Liebe und Schönheit, Technik, Rationalität und Logik sind Bestandteile einer wissenschaftlichen und humanen Welt. Nur in einer so gestalteten Welt werden wir in Zukunft leben können.

Der Entwurf einer solchen Welt kann nicht in bestimmte Organisationsschemata gepreßt werden. Er liegt bei jedem von uns, der Verantwortung für diese Welt auf sich nimmt.

Anmerkung: Der Autor dieses Beitrages, Klaus-Jürgen Hedrich, Uelzen/Niedersachsen, gehört der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an und ist Mitglied des EAK-Bundesvorstandes.

Wertorientierung in der Politik: Von der Genetik zur Gen-Ethik

Christoph Böhr

Christen, die in politischer Verantwortung stehen, müssen mehr als andere die Wertbezüge ihres Handelns deutlich machen. Aus unserem Wissen um die Endlichkeit des Menschen laufen wir weniger Gefahr, einem naiven technischen Machbarkeitswahn zu verfallen. Wir glauben nicht, daß die Menschen von ihren Gebrechen geheilt und vollkommen gemacht werden können. Der Auftrag des Politikers gründet im Endlichen, im Vorletzten. Eschatologie und Heilsgewißheit gehören nicht in die Politik. Aber unsere Pflicht ist es, Werte in unserem Handeln lebendig zu halten, Würde und Freiheit des Menschen sichern zu helfen, damit auch zukünftige Generationen ihren Gestaltungsauftrag in der Welt mit Verantwortung wahrnehmen können.

Dieser Auftrag stellt sich mit einer besonderen Brisanz angesichts der neuen Möglichkeiten der Gen- und Biotechnik. Deshalb hat die Junge Union auf ihrem letzten Deutschlandtag eine Schwerpunktdiskussion zu diesem Thema geführt. Es ist richtig, ein Gentechnologiegesetz zu fordern, das jegliche Versuche an menschlichen Embryonen verbietet, so wie wir es beschlossen haben. Dabei ist jedoch offenkundig, daß gesetzgeberische Aktivitäten alleine nicht genügen. Politik darf sich nicht darin erschöpfen, Ge- und Verbote zu begründen. Auch wenn wir gesetzliche Regelungen fordern, um keinen rechtsfreien Raum für Experimente am menschlichen Leben zu lassen, so wissen wir doch, daß unser eigentliches Problem weniger darin besteht, der Forschung verantwortliche Grenzen zu ziehen; vielmehr müssen wir die Einstellung unserer gesamten Gesellschaft zum menschlichen Leben neu überdenken.

Die Aussicht ist verlockend, eines Tages zum Beispiel Erbkrankheiten behandeln oder gar eliminieren zu können. Mit dem Eingriff in die menschlichen Keimbahnzellen scheint sich diese Chance zu eröffnen. Die Entscheidung über erlaubte oder unerlaubte Eingriffe dürfen wir jedoch nicht allein den Ärzten überlassen.

Was not tut, ist ein neuer gesellschaftlicher Konsens. Wir meinen, daß mit einem Eingriff in die menschliche Keimbahn das Wesen des Menschen als selbständiges, handlungsfähiges und verantwortliches Subjekt der Verfügbarkeit durch Dritte preisgegeben würde. Doch brauchen wir angesichts dieser Risiken und Gefahren wohl kaum eine „neue“ Ethik, sondern zunächst und vor allem eine Besinnung auf die christlichen Grundlagen unseres politischen Handelns, die – an den Erfordernissen der Gegenwart orientiert – einer Verlebendi-

gung bedürfen. Hier liegt sicherlich nicht alleine, aber in besonderer Weise ein Auftrag der Kirchen.

Ein zu beginnender Dialog zwischen Kirche und Politik sollte diese Thematik aufgreifen. Denn – um nur ein Beispiel zu nennen – die Möglichkeiten der modernen Fortpflanzungsmedizin machen deutlich, wie unabdingbar die Einheit von Ehe und Familie für die menschliche Entwicklung ist. Im Extremfall verfügt ein unter Beteiligung Dritter künstlich erzeugtes Kind über fünf Elternteile (genetische Eltern, soziale Eltern, Miet- bzw. Leihmutter). Aus den Möglichkeiten der künstlichen Befruchtung ergeben sich nicht nur rechtliche Folgeprobleme, sondern vor allem und in ganz besonderer Weise auch psychische Identitätsprobleme für das Kind. Die Zeugung menschlichen Lebens ist untrennbar mit der dauerhaften personalen Zuwendung zweier Menschen verbunden. Darum haben wir daran festgehalten, daß bei der künstlichen Befruchtung die Beteiligung eines Partners außerhalb der Ehe für uns ethisch nicht vertretbar ist.

Diese und andere brennende und drängende Fragen im Vorfeld gesetzlicher Regelungen miteinander zu diskutieren, gerade unter denjenigen, die gelegentlich über ein Spannungsverhältnis zwischen Moral und Politik Klage führen, ist eine Chance, die wir nicht vertun sollten.



Christoph Böhr,
Bundesvorsitzender
der Jungen Union

Zu den Inhalten unserer Erziehung

Rita Süssmuth

Zu den Inhalten, die über die Erziehung jungen Menschen vermittelt werden sollten, sprach kürzlich die Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, Prof. Dr. Rita Süssmuth.

Im Mittelpunkt ihrer Ausführungen stand die Auseinandersetzung mit dem Begriff der „Identität“, der Antwort gibt auf die beiden existenziellen Fragen: „Was bin ich für mich? und: Was bin ich für andere?“

Die Kompetenzen, die von Frau Süssmuth im folgenden aufgezeigt werden, sollen dazu beitragen, Identität zu bilden:

Die Liebesfähigkeit: Der amerikanische Philosoph und Sozialwissenschaftler Sam Keen hat in seinem Buch, „Die Lust an der Liebe“, Weinheim/Basel 1985 geschrieben: „Wir altern (= werden langsam älter), um Liebende zu werden“. Liebesfähigkeit halte ich für die Grundlage aller Kompetenzen, die ich nennen möchte. Der Begriff meint nicht plattes Harmoniedenken, sondern zielt darauf, daß Menschen sich einbinden können, in Distanz und Nähe ihre Lebenswelt mit anderen aufbauen und gestalten können.

Die Fähigkeit, sich eingebunden und verantwortlich zu fühlen und daraus Lebenssinn zu schöpfen; das neue naturwissenschaftliche Weltbild, welches die Erde als Lebewesen begreift, macht deutlich, daß die Menschen in der Zukunft nicht isolierte Maßnahmen des Umwelt- oder des Tierschutzes ergreifen dürfen, sondern daß sie verstehen müssen: auf der Erde gibt es keine isolierten Räume, alles gehört zusammen, jede Schädigung schädigt alles, wir als Menschen sind Teil des Gesamtlebewesens Erde – alles, was wir ihr antun, tun wir uns selber an.

Für die Erziehung heißt das: Unser Endziel darf nicht jene Spezialisierung des Wissens sein, die sich nicht mehr am Gesamten orientiert. Allzu lange haben wir die Wissens- und Lebensbereiche voneinander getrennt, die Familie von der Schule und der Arbeitswelt abgespalten und unsere Weltansichten aufgesplittet. Als Politikerin erfahre ich, daß nicht eine isolierte, sondern nur eine ganzheitliche Perspektive angemessen ist: wir können nicht Familienpolitik betreiben, ohne die Arbeitswelt zu thematisieren; Gleichberechtigung und Partnerschaft für die Frauen wird es nicht geben, ohne daß die Männer sich ändern; Gesundheitspolitik ist mehr als Reparatur von Krankheit.

Die Fähigkeit, sich und seine Erfahrungen und Überzeugungen ausdrücken zu können sowie diejenigen anderer verstehen zu wollen, also die Fähigkeit zur Empathie.

Als weitere Kompetenzen, um Zukunft zu leben, nenne ich:

Die Fähigkeit, das Streben nach Freiheit und die Fähigkeit zur Bindung miteinander zu versöhnen. Emanzipation und Integration stehen zwar konflikt- und spannungsreich zueinander, müssen aber verbunden werden, um ein sinnreiches Leben führen zu können; einerseits muß sich jemand Gruppenzwängen widersetzen können, andererseits aber im gemeinsamen Werk ein Ziel sehen, das seinen Einsatz lohnt.

Die Fähigkeit zur aktiven Toleranz, die sich im Interesse äußert, die Lebensform des anderen/der anderen kennenzulernen, z. B. die Alltags- und Denkwelt türkischer Mitbürger.



Prof. Dr. Rita Süssmuth,
Bundesministerin für Jugend, Familie
und Gesundheit

Die Fähigkeit, in einer pluralistischen Gesellschaft mit Wertekonflikten umzugehen, Kompromisse geduldig zu suchen und zu finden und sich nicht auf die Durchsetzung von Maximalvorstellungen zu versteifen.

Die Fähigkeit, sich in einer „Vita activa“ (Hannah Arendt) zu verwirklichen, einer politischen Lebensform der Mitbeteiligung und Mitverantwortung, der Subsidiarität und Bereitschaft zur Selbsthilfe einerseits, des Engagements und der Bereitschaft zur politischen Wachheit andererseits; daher müssen wir z. B. Selbsthilfegruppen und Bürgerinitiativen junger Menschen fördern.

Niemand ist in der Lage, anderen etwas beizubringen, was er selber nicht vermag. Dies gilt für Wissensinhalte, mehr jedoch für Einstellungen und menschliche Grundhaltungen.

Nachdenken über Deutschland

– Zum 17. Juni 1986 –

Henning von Burgsdorff

An ihren Gedenktagen wird erkennbar, wie eine Nation sich selbst versteht. Sich selbst – das heißt: ihre Geschichte, ihren gegenwärtigen Standort und damit zugleich auch ihre Möglichkeiten und Grenzen. Gemessen daran ist es um den 17. Juni bei uns schlecht bestellt. Denn was ist das für ein nationaler Gedenktag, der sich seinem äußeren Erscheinungsbild nach kaum von einem anderen bezahlten arbeitsfreien Tag unterscheidet, ja, dessen Existenzberechtigung seit Jahren zunehmend in Frage gestellt wird? **Dabei läßt sich schwerlich ein anderes Datum unserer jüngsten Geschichte finden, das so sinnfällig Inhalt und Bekenntnis unserer Nationalhymne auszudrücken vermöchte: Einheit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland.** Dafür haben sich am 17. Juni 1953 deutsche Menschen gegen ein ihnen aufgezwungenes Regime erhoben, dafür haben sie Verfolgung, Haft und Unterdrückung bis hin zum Einsatz ihres Lebens auf sich genommen. Sie traten damit für Werte ein, die wir hier in der Bundesrepublik Deutschland allzu leichthin als etwas Selbstverständliches anzunehmen und zu beanspruchen gewohnt sind.

Vielleicht ist es diese Gewöhnung an eine nicht selbst erkämpfte Freiheit, die uns (man stoße sich nicht an der Verallgemeinerung, sondern nehme sie als Frage auf, die einen jeden von uns angeht) mit den Jahren unempfindlicher für die Leiden derer gemacht hat, die in den üblichen Gedenkreden stets als unsere Brüder und Schwestern angesprochen werden. Gewiß, Sattsein macht auf die Dauer stumpf und träge. Aber, reicht diese allgemein menschliche Grunderfahrung aus, um die

Unsicherheit und Verlegenheit zu erklären, die uns im Blick auf den 17. Juni überkommt?

Nicht minder schwer wiegt sicherlich auch, daß die schwindende Aussicht auf eine Überwindung der deutschen Teilung in absehbarer Zeit die Bereitschaft wachsen läßt, sich vorerst mit dem status quo abzufinden, sich in ihm einzurichten, wenn nur die Menschen im anderen Teil Deutschlands freier leben könnten. Wir sprechen dabei von „menschlichen Erleichterungen“, obwohl wir doch immer wieder erfahren müssen, wie diese jederzeit vom dortigen Regime zurückgenommen werden können, um sie bei passender Gelegenheit gegen erneute Zugeständnisse – womöglich in kleinerer Münze – wieder zu gewähren. Um nicht mißverstanden zu werden: **Menschliche Erleichterungen sind ein großer Gewinn, sie dürfen jedoch nicht von der Tatsache ablenken, daß es wirkliche Freiheit nur geben kann, wenn die uns aufgezwungene Spaltung unseres Vaterlandes beseitigt ist.** Von da her ist die These „Freiheit vor Einheit“ nicht nur falsch sondern geradezu gefährlich, weil sie dem Trugschluß Vorschub leistet, als könnte sich ein totalitäres, von den Sowjets gestütztes Regime jemals dazu bereit finden, seinen Bürgern die uneingeschränkten Menschen- und Bürgerrechte zu gewähren. Letzten Endes ist es der Ost/West-Konflikt, in den die beiden deutschen Staaten eingebunden sind, und die Ratlosigkeit der verantwortlichen Politiker, mit seinen Auswirkungen fertig zu werden, die eine Überwindung der deutschen Teilung und damit zugleich auch der Teilung Europas nahezu als Utopie erscheinen lassen.

Andererseits: Kann uns das gleichgültig lassen, dürfen wir dem tatenlos zusehen, wie die beiden Weltmächte auf deutschem Boden Massenvernichtungswaffen in einem noch nie dagewesenen Ausmaß lagern, über deren Einsatz sie letztlich allein verfügen? Liegt nicht der Schlüssel zur wirksamen Entspannung zwischen Ost und West in der Aufhebung der Teilung Deutschlands und damit zugleich in der Beendigung der militärischen Präsenz der beiden Machtblöcke in Europa? **Besteht nicht – mit anderen Worten – ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen dem Frieden in Europa und der Lösung der deutschen Frage?** Das ist gewiß keine neue Erkenntnis, aber die Tatsache allein, daß sie in der praktischen Politik fast keine Beachtung findet, macht es notwendig, sie immer wieder deutlich auszusprechen.

Die Präambel unseres Grundgesetzes endet mit dem Satz: **„Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“.** Daraus ergibt sich für uns die Frage, was wir hier als einzelne angesichts der so aussichtslos erscheinenden Lage tun können, um der Aufforderung der Präambel zu entsprechen.

Das Wichtigste scheint mir zu sein, daß wir den Gedanken an die Einheit der deutschen Nation wachhalten. Das ist, gerade im Blick auf die nachfolgenden Generationen, eine Frage an unser Geschichtsbewußtsein. Denn die Situation, in der wir uns gegenwärtig als Deutsche befinden, ist nun einmal das Ergebnis einer so und nicht anders verlaufenden Entwicklung, und von der Art und

Weise, wie wir unsere Geschichte sehen und begreifen, hängt ganz entscheidend unsere Zukunft ab.

Wir müssen begreifen, daß die deutsche Einheit niemals nur eine Angelegenheit der Deutschen war, sondern immer zugleich auch ein europäisches Problem gewesen ist. Darüber hinaus sollte uns unsere Geschichte, deren Verlauf so stark von Höhen und Tiefen geprägt ist, vor kurzatmigen Schlußfolgerungen bewahren. Sie zeigt uns, was Beharrlichkeit und Mut vermögen, wenn sie mit Augenmaß und Verantwortungsbewußtsein verbunden sind. Andererseits lehrt sie uns nicht minder nachdrücklich, daß alle Ausdauer und Hingabe letztlich um ihren Sinn gebracht werden, wenn sie gegen die Freiheit gerichtet sind, die das Herzstück unseres Grundgesetzes ist.

Wenn wir die Freiheit für alle Deutschen fordern, dann sind wir es unserer Glaubwürdigkeit schuldig, daß wir selbst alles tun, sie bei uns nach Kräften zu verwirklichen. **Denn die freiheitlichste Verfassung ist am Ende nicht mehr als ein Blatt Papier, wenn sie nicht von den Bürgern als Gabe und Aufgabe zugleich begriffen wird.**

Nun bin ich mir freilich dessen bewußt, daß nichts schwerer zu erlernen und zu leben ist als die Freiheit, weil sie stets der Versuchung durch die im Menschen angelegte Selbstsucht ausgesetzt ist, die keine Bindungen und Verpflichtungen gegenüber anderen anerkennen will. **Recht verstandene Freiheit aber ist das ge-**

*Keine Armee kann
der Kraft einer Idee
widerstehen,
wenn die Zeit für sie
reif geworden ist.*

Victor Hugo

rade Gegenteil, nämlich die Freiheit von sich selbst und eben damit Freiheit für das Recht des Anderen und Andersdenkenden, für die Unterstützung der Schwachen und Hilflosen und für die Übernahme von Verantwortung, ohne Rücksicht darauf, ob sie ein dankbares Echo oder – umgekehrt – persönliche Schwierig-

keiten und Nachteile einbringt. Das gilt in gleicher Weise für die so seltene Zivilcourage, die um der Sache willen der Versuchung des bequemen Opportunismus tapfer widersteht. Mit einem Wort: Freiheit verwirklicht sich in dem Eintreten für alle jene Werte, die Norm und Inhalt unseres Grundgesetzes sind.

Einübung in die Freiheit als lebendige Aneignung unserer rechtsstaatlichen Verfassung wäre daher die vordringlichste Aufgabe, wenn wir der Herausforderung des Kollektivismus und Nihilismus unserer Tage erfolgreich begegnen wollen: Dazu gehört freilich mehr als die bloße Theorie. Hier sind alle aufgerufen, zu allererst die Eltern, von deren Vorbild so unendlich viel abhängt, dann natürlich die Lehrer und Ausbilder, und schließlich auch die Politiker. Letzten Endes geht es darum, den freiheitlichen Rechtsstaat für jedermann in überzeugender Weise erlebbar zu machen, als die Sache, die uns alle angeht. Allein von daher – das ist meine aus der Geschichte gewonnene Erfahrung – erhalten wir erst die volle Legitimation, die nationale Einheit der Deutschen erneut einzufordern, als freies Glied in einem freien Europa.

Zur Lage von Ernährung und Landwirtschaft

Wolfgang von Geldern

Auf der 15. europäischen Regional-konferenz der Food Agriculture Organisation (FAO), einer Unterorganisation der UNO, wies der Parlamentarische Staatssekretär, Dr. Wolfgang von Geldern, zur Lage von Ernährung und Landwirtschaft u. a. auf folgendes hin:

Die Welternährungssituation ist in den letzten Jahren sicherer geworden. Die Weltgetreideernten – sieht man von Afrika ab – waren in den letzten Jahren gut; 1985 wurde mit 1,83 Milliarden Tonnen

ein bisher nicht erreichtes Ergebnis erzielt. Die Weltbestände an Getreide werden nach Schätzungen der FAO zum Ende des Wirtschaftsjahres 1985/86 mit 377 Millionen Tonnen auf Rekordhöhe liegen und damit 23 % des geschätzten Verbrauchs im Wirtschaftsjahr 1986/87 erreichen.

Das würde die vom FAO-Sekretariat gesetzte Mindestmarke für Ernährungssicherheit beträchtlich übertreffen.

Wir teilen mit anderen FAO-Mitgliedstaaten die Auffassung, daß eine weitere und nachhaltige **Verbesserung der Welternährungslage** nur erreicht werden kann, wenn ausreichend Nahrung auch in denjenigen Entwicklungs-ländern erzeugt wird, die bisher noch auf Importe und auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen sind. Verstärkte Eigenanstrengungen von Entwicklungsländern sind hierzu notwendig. Diese bedürfen aber



Dr. Wolfgang von Geldern,
Parlamentarischer Staatssekretär
beim Bundesminister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten.

weiter gezielter Unterstützung von außen. Die Bundesrepublik Deutschland hat auf dem Sektor ländliche Entwicklung 1985 Leistungen in Höhe von 893 Millionen DM erbracht. Dies entspricht rd. 25 % der gesamten Mittel der deutschen finanziellen und technischen Zusammenarbeit.

Zur Lage von Ernährung und Landwirtschaft in der Bundesrepublik:

Unzweifelhaft befindet sich unser Land gegenwärtig gesamtwirtschaftlich in einer **Phase des Aufschwungs**. Wir hoffen, daß sich dieser Aufschwung auch auf den Arbeitsmarkt positiv auswirkt. Sichtbares und wichtiges Ergebnis dieses Aufschwungs ist die hohe Preisstabilität, die auch zur Stärkung der Binnennachfrage und des Exports beiträgt.

Insbesondere die **niedrigen Nahrungsmittelpreise** haben in den vergangenen Jahrzehnten in der Bundesrepublik Deutschland erheblich zur wirtschaftlichen Stabilität beigetragen und die allgemeine Preissteigerungsrate gebremst. Heute werden nicht einmal

20 % des Einkommens für Nahrungsmittel ausgegeben.

Diese erfreuliche Situation hat aber leider auch ihre Schattenseite. Unser Hauptproblem in der Agrarpolitik liegt darin, daß bei uns und weltweit **nicht absetzbare Überschüsse** erzeugt werden und die **Einkommen der Landwirtschaft unbefriedigend** sind. Bei gesättigten Märkten sind der Preispolitik enge Grenzen gesetzt.

In der gegenwärtigen Situation der steigenden Nahrungsmittelproduktion, aber rückläufiger Nachfrage ist es erforderlich, den begonnenen Prozeß der besseren **Abstimmung von Angebot und Nachfrage** auf den wichtigen EG-Agrarmärkten mit möglichst markt-konformen Mitteln voranzutreiben.

Die Bundesregierung unterstützt deshalb alle Bemühungen, Angebot und Nachfrage durch ein Bündel von Maßnahmen in Einklang zu bringen. Ich nenne hier nur die Produktion von eiweißhaltigen Futtermitteln, von landwirtschaftlichen Rohstoffen zur Herstellung von industriellen Verarbeitungsprodukten und die Herausnahme von Flächen aus der Produktion. Solche Maßnahmen können allerdings nur greifen, wenn sie auch von anderen Überschußländern durchgeführt werden.

Konzentriertes Handeln aller Agrarhandelspartner ist notwendig, damit die gegenwärtigen Spannungen abgebaut werden können und nicht weiter eskalieren. Die Bundesrepublik Deutschland ist, pro Kopf der Bevölkerung gerechnet, der größte Agrarimporteur der Welt. Der Einfuhrüberschuß allein im Nahrungsgüterhandel mit den Entwicklungsländern betrug 1985 über 12 Milliarden DM. Es muß uns also daran liegen, den Agrarhandelsaustausch auch mit Nicht-EG-Staaten im Rahmen der eigenen günstigen Gesamtwirtschaftsentwicklung trotz bestehender Überschußproduktion bei wichtigen Produkten aufrechtzuerhalten.

Die Lage der Landwirtschaft in Europa, ihre Stärken und Schwächen sind auf der 14. FAO-Regio-

nalkonferenz für Europa in Reykjavik ausführlich erörtert worden. Als wichtigstes Ergebnis zeichnete sich ab, daß die west- und nord-europäischen Staaten sich stärker bemühen müssen, die Ausweitung der Produktion zu bremsen, während ost- und einige südeuropäische Staaten ihr Produktionspotential noch nicht voll genutzt haben. Diese Bestandsaufnahme gilt grundsätzlich auch heute noch.

Auf dem weiten Feld von Ernährung und Landwirtschaft gibt es bereits eine enge und **fruchtbare Zusammenarbeit in Europa** und zwar zweiseitig wie auch multilateral.

Die Herausforderungen, vor denen wir auf unserem Fachgebiet stehen, haben sich geändert; ich erwähne in diesem Zusammenhang nur die Umweltprobleme. Doch sie sind nicht kleiner, sondern größer geworden. Dies erfordert verstärkt konzentriertes Handeln.

Unsere Autoren:

Klaus-Jürgen Hedrich, MdB
Bundeshaus
5300 Bonn

Christoph Böhr
JU-Bundesgeschäftsstelle
Annabergerstraße 283
5300 Bonn

Prof. Dr. Rita Süßmuth
Bundesministerin für
Jugend, Familie und Gesundheit
Kennedy-Allee 105-107
5300 Bonn

Dr. Wolfgang von Geldern
Parl. Staatssekretär beim Bundesminister
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Rochusstraße 1
5300 Bonn

Wolfgang Philipps
Fritz-Erler-Straße 4
5300 Bonn

K. Rüdiger Durth
Frankenstraße 15
5300 Bonn

Hennig von Burgsdorf
Albert-Schweitzer-Hof 5 D
3000 Hannover 71

Imgard von Meibom
Höhenweg 99
5300 Bonn

Gerhard Braun, MdB
Bundeshaus
5300 Bonn

Kirche und Asyl

Wolfgang Philipps

Anläßlich der öffentlichen Anhörung im Innenausschuß des Bundestages zur von den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern und Berlin im Bundesrat geforderten Verschärfung des Asylrechtes wurden Unterschiede in der Bewertung der Situation der Asylanten in der Bundesrepublik Deutschland nicht nur zwischen der Bundesregierung und der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) deutlich.

Im folgenden stellt Wolfgang Philipps, juristischer Mitarbeiter im Büro des Bevollmächtigten der EKD am Sitz der Bundesrepublik Deutschland, Beweggründe und Kategorien für das Handeln der Kirche in diesem gesellschaftspolitischen Bereich aus seiner Sicht dar.

1. Warum spricht die Kirche?

– „Die Kirche hat gegenüber dem Staat und anderen Institutionen die Aufgabe, in Grundfragen des Gemeinwesens ihre Stimme zu erheben, Orientierung zu geben und den politischen Prozeß kritisch zu begleiten. Sie darf in konkreten Fällen den Konflikt mit dem Staat und der Öffentlichkeit nicht scheuen.“ (Demokratie-Denkschrift S. 47).

– Die Kirche sieht sich der Öffentlichkeit gegenüber hierzu auch dadurch berechtigt, daß unser Staat die Menschenwürde als obersten Wert und allem staatlichen Handeln vorgeordnet anerkennt. „Der Gedanke der Menschenwürde ist inhaltlich eine Konsequenz der biblischen Lehre von der Gottes-Ebenbildlichkeit des Menschen als Geschöpf Gottes (Genesis 1,27) . . . Die Würde des Menschen als Gabe Gottes ist dabei der Maßstab, den die politische und gesellschaftliche Gestaltung des Gemeinwesens zu achten hat und dem sie nach menschlicher Einsicht gerecht werden muß . . . Für Christen ist es wichtig zu erkennen, daß die Grundgedanken, aus denen heraus ein demokratischer Staat seinen Auftrag wahrnimmt, eine Nähe zum

christlichen Menschenbild aufweisen . . . Die Christen sind aufgerufen, Leben und Gestaltung dieses Staates in der Richtung, in die seine geistigen Grundlagen weisen, als Teil ihrer christlichen Verantwortung anzunehmen“ (Demokratie-Denkschrift, Seite 13/14). Von daher ist auch das „Wächteramt der Kirche“ begründet.

– Kirche versteht sich damit auch als „Anwalt der Schwachen“ und „Stimme der Stimmlosen“. Ihr öffentliches Eintreten für solche Menschen und Gruppen zielt darauf ab, daß ihre Interessen, Sorgen und Nöte nicht vergessen oder beiseite geschoben, sondern angemessen aufgenommen und gewürdigt werden; denn sie sind in ihrer Menschenwürde in besonderer Weise gefährdet und schutzbedürftig.

2. An der Seite der Schwachen!

– Asylbewerber sind Menschen, die als Fremde in unser Land kommen und sich unter den Schutz unseres Staates stellen wollen. Als Ausländer von außerhalb der EG und darüber hinaus ohne den Schutz ihres Heimatstaates zählen sie i. d. R. zu den Schwächsten in unserem Land.

– Die Kirche nimmt sich ihrer an, weil sie des Schutzes besonders bedürfen. Dabei vertritt die Kirche die Ansicht, daß nicht jeder Asylbewerber eo ipso ein Recht zum Verbleiben hat, wohl aber auf menschliche und gerechte Behandlung.

– Hat ein Mensch aus Gründen politischer Verfolgung seine Heimat verlassen, dann verdient er Schutz – er hat nach unserer Verfassung ein Recht auf Asyl. Menschen, die mit „guten Gründen“ zu uns geflohen sind, verdienen ebenfalls Schutz in unserem Land, auch wenn sie nach unserem Recht kein Asyl erhalten können. Hat ein

Mensch seine Heimat allein aus wirtschaftlichen Gründen verlassen, zumal wenn er Opfer von Verführung wurde, dann verdient er Fürsorge und Hilfe.

– Bedenklich ist nach Ansicht der Kirche, wenn Asylbewerber schon im Vorfeld abgewehrt werden, ohne daß eine Prüfung ihres Begehrens überhaupt erfolgen kann. Dadurch wären insbesondere die bona-fide-Flüchtlinge als echte Schutzsuchende in ihrer Existenz getroffen.

– Ebenfalls auf große Bedenken stoßen die sogenannten flankierenden Maßnahmen. Ihre „abstiftende“ Wirkung muß als gering angesehen werden, insbesondere bei Menschen, die einer existentiellen Not zu entfliehen versuchen. In ihrer Summe und aufgrund ihrer Handhabung im Einzelfall scheinen sie aber die Asylsuchenden hier in bedrückender Weise zu belasten. Berichte insbesondere von größeren Sammelunterkünften sprechen immer wieder von erniedrigenden, ja menschenunwürdigen Zuständen und großer seelischer Not.

– Zur Unterscheidung von berechtigten und unberechtigten Asylbegehren taugt nur ein ordentliches und qualifiziertes Verfahren. Dieses sollte innerhalb einer angemessenen Frist zu einer Entscheidung führen. Maßnahmen, die diesem Ziel dienen, finden auch die Zustimmung der Kirche.

3. Menschen suchen Schutz

– Wir müssen uns bewußt sein, daß die großen Flüchtlingsströme der letzten Zeit nur zu einem geringen Teil nach Europa und in die Bundesrepublik Deutschland gelangt sind. Die weit überwiegende Zahl der Flüchtlinge ist von Staaten ihrer Heimatregion aufgenommen worden. Hier sollte unsere Hilfe großzügig einsetzen, um die finanziellen

und politischen Bedingungen für die Aufnahme von Flüchtlingen zu schaffen und zu gewährleisten. Darüber hinaus müssen die Ursachen der Massenfluchtbewegungen nachhaltig angegangen werden.

– Dies entbindet uns jedoch nicht von der Pflicht, Menschen – zumindest vorübergehenden – Schutz in unserem Land zu gewähren, wenn sie als Flüchtlinge zu uns kommen. Da selbst diejenigen, deren Asylantrag endgültig abgelehnt worden ist,

in ihrer großen Mehrzahl aus politischen, rechtlichen oder humanitären Gründen die Bundesrepublik Deutschland nicht zu verlassen brauchen, kann man nicht pauschal von „Mißbrauch“ reden, wenn er auch im Einzelfall nicht auszuschließen ist.

4. Last und Aufgabe

Die Kirche weiß, daß die Aufnahme von Asylbewerbern große finanzielle Lasten und auch man-

che sonstige Belastung für Staat und Bevölkerung mit sich gebracht hat und noch bringen wird. Sie bittet aber alle, die Verantwortung tragen, Ängsten und Bedrohungsgefühlen zu begegnen. Sie selbst ist sich bewußt, daß sie dieser Aufgabe noch nicht genügend gerecht geworden ist. „Auch im Umgang mit Asylbewerbern und Flüchtlingen zeigt sich, was uns Menschlichkeit und Menschenwürde in unserem Staat bedeuten“ (Entschließung der 6. Synode der EKD vom 8. November 1984).

Ständig über den Frieden reden

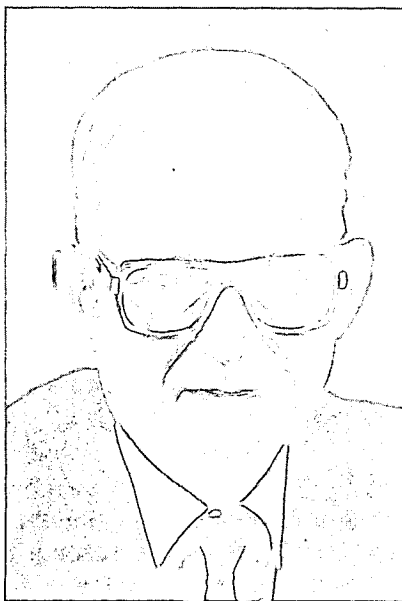
Das Evangelische Kirchenamt für die Bundeswehr

K. Rüdiger Durth

„Ich bin kein Politiker.“ Auf diese Feststellung legt der 56jährige Leiter des Evangelischen Kirchenamtes für die Bundeswehr, Militärgeneraldekan Reinhard Gramm, großen Wert. Doch so unscheinbar das Hinterhaus-Büro Godesberger Allee 107a an der Bonner Diplomatinnen-Rennbahn auch ist, so wichtig ist die Arbeit, die von den 35 hauptamtlichen Mitarbeitern geleistet wird.

Diese in der Öffentlichkeit kaum bekannte Kirchenbehörde mit dem Bundesadler am Eingang verdankt ihre Existenz dem 1957 zwischen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und der Bundesrepublik Deutschland geschlossenen Militärseelsorgevertrag, in dem auch die Zahl der hauptamtlichen protestantischen Militärpfarrer festgelegt ist: 160 an der Zahl.

Die rechtliche Situation ist kompliziert, hat sich aber eingespielt: An der Spitze steht der nebenamtliche Militärbischof, zugleich Chef des im Bad Godesberger Villenviertel untergebrachten Sonderhaushalts. Die 17 Mitarbeiter des Sonderhaushalts verwalten die Kirchensteuern der rund 250.000 evangelischen Soldaten und Offi-



Militärgeneraldekan Reinhard Gramm

ziere. Dazu kommt noch der Beirat der Militärseelsorge.

Die eigentliche Behörde aber stellt das Evangelische Kirchenamt für die Bundeswehr dar. Hier laufen Personalplanung, Ausbildung, Dienst vor Ort – also in den Kasernen und Bundeswehreinrichtungen – zusammen. Die Fluktuation der Militärpfarrer ist groß, weil sie ledig-

lich auf acht oder zehn Jahre verpflichtet werden.

Während ihrer Zeit als Militärpfarrer werden die Theologen von der Bundeswehr bezahlt, haben sich in den Kasernenalltag einzupassen und sind trotzdem nur in ihrem Auftrag der Kirche verpflichtet: Sie tragen weder Uniform noch Rangabzeichen (mit Ausnahme bei Übungen, in denen ihre militärische Kluft ein silbernes Kreuz ziert), unterliegen weiterhin dem kirchlichen Beichtgeheimnis, haben vielfältige Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den Soldaten, halten „lebenskundlichen Unterricht“, bieten Standortgottesdienste an. Um nur einige Beispiele zu nennen.

Die zum Teil heftigen, oft auch lähmenden Spannungen, denen sich dieses Kirchenamt Anfang der 80er Jahre ausgesetzt sah, entstanden nicht zwischen Militärseelsorge und Bundeswehr, sondern zwischen Militärseelsorge und eigener Kirche. Grund: Der Streit um den richtigen Weg zum Frieden, der den Protestantismus in der Folge des NATO-Doppelbeschlusses in manche Zerreißprobe führte, konnte die Militärseelsorge nicht unberührt lassen.

Oft bestand die Gefahr, daß man im Evangelischen Kirchenamt für die Bundeswehr zwischen alle Stühle geriet: Einflußreiche kirchliche Kreise sahen in der Militärseelsorge nicht viel mehr als einen theologischen Erfüllungsgehilfen Bonner Verteidigungspolitik. Nicht wenige Offiziere wiederum reagierten auf den Protestant-Streit mit Kirchenaustritt, darunter sogar Generäle. In den Kasernen und Offiziers-Kasinos mußten die Militärpfarrer den Kopf für die offizielle Kirchen„politik“, und was man dafür hielt, hinhalten. Militärgeneraldekan Gramm: „Da sind einige schwere Wunden entstanden.“

Die EKD griff mit der Veröffentlichung ihrer Friedensdenkschrift im November 1981 in die Auseinandersetzungen ein. Diese Denkschrift, nach monatelangem Ringen in der EKD-Kammer für Öffentliche Verantwortung (ohne Beteiligung der Militärseelsorge) entstanden, festigte zwar die Position des Evangelischen Kirchenamtes, drang aber nicht wirklich durch. Vielen Protestanten war sie zu kompromißbereit, weil sie an der Heidelberger These von 1959 festhielt, die für Christen den „Dienst mit und ohne Waffe“ als gleichrangig ansieht. Aber mit dem „Kernstück“ der Denkschrift konnte man arbeiten: Konflikte lassen sich nur politisch lösen.

Inzwischen hat sich die Lage gründlich geändert, die auch Militärgeneraldekan Gramm „mehr Luft verschafft“: Die Friedensbewegung, die einen großen Teil ihrer inhaltlichen und vor allem organisatorischen Kraft aus dem Protestantismus bezog, ist zerbrochen. Die großen Leidenschaften des Streits innerhalb der Kirche sind ruhigeren Diskussionen gewichen. Die Militärseelsorge hat es gelernt, sich am Friedens-Dialog öffentlich zu beteiligen und in ihn ihre zum Teil hervorragenden theoretischen Arbeiten zur Friedens- und Konfliktforschung einzubringen.

Gegenwärtig zieht Gramm folgende Bilanz: „Wir sind auf dem Weg zur versöhnten Vielfalt.“ Immerhin hat der innerprotestantische Kampf auch seine guten Seiten gehabt: Endlich wird über den Frieden intensiv nachgedacht, sucht man nach theologischen und biblischen Begründungen, ist die Bergpredigt in das öffentliche Bewußtsein getreten, hat sich das Wissen um die komplizierten Bedingungen der Friedenssicherung vermehrt. Für Gramm steht fest: „Die Kirche muß ständig über den Frieden reden. Aber sie kann hier nur vorläufige Antworten formulieren, hat keine Patentrezepte anzubieten und muß immer wieder daran erinnern, daß nur Gott Frieden schaffen kann.“

Was kann die Militärseelsorge für den Frieden leisten? Für Gramm ist

das Wichtigste, daß die Kirche den einzelnen Soldaten mit seinen Sorgen und ethischen Fragen nicht allein läßt, sondern ihm zur Seite steht. Sie kann dem Soldaten „ethische Maßstäbe an die Hand geben, sein Gewissen schärfen“, ihm Mut zur persönlichen, freien Entscheidung machen. Gramm: „So sehr wir als Pfarrer von der Schuld des Menschen sprechen müssen, so sehr dürfen wir aber auch den Zuspruch der Vergebung nicht unterschlagen.“

Stolz ist Militärgeneraldekan Gramm auf die jüngste Publikation des Evangelischen Kirchenamtes: „de officio. Zu den ethischen Herausforderungen des Offiziersberufs.“ Auf über 300 Seiten wird hier erstmals eine „Standesethik für Offiziere“ vorgelegt, geschrieben von Theologen, Politikern und Offizieren.

„Domini sumus“ (Wir gehören dem Herrn) ist der Wahlspruch der evangelischen Militärseelsorge, die in den Kasernen selbstverständlich eng und vertrauensvoll mit der katholischen zusammenarbeitet. Gramm: „Ich hoffe, daß die Soldaten immer wieder erfahren, daß wir es mit unserem Wahlspruch ernst nehmen.“

Hinweis der Redaktion: Wir entnehmen diesen Beitrag der Zeitschrift „Das Parlament“. Der Autor, K. Rüdiger Durth, ist Parlamentskorrespondent der Bonner Rundschau.

Leserbrief

In der Aprilausgabe der „Evangelischen Verantwortung“ veröffentlichten wir den Beitrag „Protestantismus heute und der Geist des Sozialismus“ von Dr. Menno Aden. Dazu schrieb uns Werner Huch, Pfarrer i.R., aus Kürten u. a. folgendes:

„Herrn Dr. Menno Aden ist in seinem Aufsatz ‚Protestantismus heute und der Geist des Sozialismus‘ ein für einen Rheinländer zwar typisches, für den Zusammenhang des Aufsatzes freilich nicht schwerwiegendes Fehltrüben unterlaufen, wenn er auf Seite 6 der Aprilausgabe der Evangelischen Verantwortung von ‚dem mehrheitlich katholischen Schlesien‘ schreibt.

Ich erlaube mir als Korrektur einige Zahlen anzufügen und zitiere aus: ‚Silesia Sacra. Historisch-statistisches Handbuch über das evangelische Schlesien. Neu bearbeitet und herausgegeben von Lic. Dr. Gerhard Hultsch.‘ Düsseldorf, 1953, S. 18:

Die Evangelische Kirche von Schlesien umfaßt die preußische Provinz Nieder- und Oberschlesien und zwar (1929) 2.236.256 Evangelische – 49,57% der Bevölkerung (4.511.606 Menschen). Es sind vorhanden 51 Kirchenkreise, 724 Kirchspiele, 908 festfundierte Pfarrstellen, 65 Hilfspredigerstellen, Vikariate

usw., 2.423 gottesdienstliche Gebäude (878 Kirchen, 1.167 Kapellen und Betställe, 378 gottesdienstliche Räume im Besitz von Kommunen und Privatpersonen).“

Anmerkung: In diesem Zusammenhang verweisen wir auf die Schrift „40 Jahre nach der Vertreibung“, die die Gemeinschaft evangelischer Schlesier aus Anlaß ihres 7. Kirchentages 1985 in Iserlohn herausgegeben hat. Adresse der Herausgeber: Gemeinschaft evangelischer Schlesier e.V., Meesenring 15, Lübeck.

Kirche und Frauen

Irmgard von Meibom

Als 1895 zum ersten Mal eine Frau auf dem Evangelisch-Sozialen Kongreß eine Rede hielt, rief Adolf Stöcker aus: „Seit 20 Jahren habe ich die Stunde ersehnt, daß die Frauenfrage an die Tür der evangelischen Kirche klopft!“ Er würde erstaunt sein, zu erleben, daß sie es auch 1986 noch immer tut. Ein Bewußtseinsprozeß ist im Gange – er bewegt sich nach wie vor im Schnecken tempo. Die 6. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland hat im November 1984 beschlossen, den Rat der EKD zu bitten, Schritte zur angemessenen Beteiligung von Frauen in kirchlichen Gremien auf EKD-Ebene zu tun und den Gliedkirchen und kirchlichen Einrichtungen dasselbe zu empfehlen. Man darf gespannt sein auf den Ergebnisbericht, der für die dritte Tagung der siebten Synode im Herbst 1986 vorgesehen ist.

Auch auf dem Hintergrund, daß sich bereits um die Jahrhundertwende evangelische Frauen im Deutschen Evangelischen Frauenbund und in der Frauenhilfe zusammenschlossen, weil sie Mitverantwortung übernehmen wollten für das, was in Kirche und Welt geschieht, wird deutlich, wie lang-

sam sich die Veränderungen vollziehen. Ist es erstaunlich, daß Frauen aufbegehren, wenn den vielen verbalen Erklärungen und Beteuerungen bisher nur vereinzelt „Taten“ folgen? In der Realität ist die Kirche auch 1986 traditionell männlich bestimmt und gegründet auf die in fast zwei Jahrtausenden gewachsenen männlichen Strukturen. Nach meinem Verständnis geht es nicht darum, daß das Vaterunser durch ein „Mutterunser“ – wie ich es vor wenigen Tagen las – ersetzt werden soll, ein makabrer Gedanke. Um der Zukunft der Kirche willen geht es vielmehr um die gleichverantwortliche Beteiligung von Männern und Frauen in allen Bereichen und auf allen Ebenen. Galater 3, 28 gibt dazu eine klare, unmißverständliche Ausrichtung: Hier ist kein Jude noch Grieche, hier ist kein Knecht noch Freier, hier ist kein Mann noch Weib, denn ihr seid allzumal einer in Christo.

Hinweis der Redaktion: Dieser Beitrag ist ein Auszug aus einem längeren Artikel unter der Überschrift „Was wird aus der Kirche?“, den Frau von Meibom für die Zeitschrift des Deutschen Evangelischen Frauenbundes „anhaltspunkte“ geschrieben hat. Die Autorin ist Ehrenvorsitzende des Deutschen Evangelischen Frauenbundes e.V., stellvertretende Vorsitzende des Präsidiums der Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland und bis 1986 Vorsitzende der Konferenz Kirchlicher Werke und Verbände.

Wir verbessern die Zukunftschancen der älteren Generation

– Thesen zur Seniorenpolitik –

Gerhard Braun

Eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht kann auf die Erfahrung des Alters für die Gestaltung der Zukunft nicht verzichten. Wir dürfen nicht von der „Alterslast“ sprechen; wir müssen vielmehr das „Alterskapital“ nutzen. Wir brauchen die Zusammenarbeit von jung und alt, die **Solidarität der Generationen**.

Nach einer langen und arbeitsreichen Zeit soll ein Leben in Freiheit, Selbständigkeit und Sicherheit ermöglicht werden. Die CDU hat ein in der ganzen Welt vorbildliches System der sozialen Sicherheit im Alter geschaffen, das 1957 mit der großen **Rentenreform** von Konrad

Adenauer verwirklicht wurde. Dieses großartige Werk garantiert, daß die Rentner an der Einkommensentwicklung der Arbeitnehmer teilhaben.

Die Sicherung gegen die finanziellen Folgen des Pflegerisikos schafft neue Herausforderungen für die Sozialpolitik. Dabei darf **Rehabilitation** kein Fremdwort sein. Unsere Sorge gilt auch den Pflegenden. Denn Pflege ist Beschäftigung und sollte es auch im sozialversicherungsrechtlichen Sinne sein.

Seniorenpolitik ist nicht nur Sozial- und Rentenpolitik. Ihre Fragestellungen gehen weit darüber hin-

aus. Unsere Aufgabe in der Politik muß sein, die Lebenserfahrung der älteren Generation zu nutzen. **Nicht Betreuung, sondern Mitarbeit** steht im Vordergrund. Wir wollen nicht nur für die, sondern mit den älteren Menschen die Fragen stellen, die Probleme gemeinsam lösen.

Seniorenpolitik beginnt mit der Vorbereitung auf das Alter. Aufgabe gerade der öffentlichen Einrichtungen – von der Schule über die Medien (Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunk, Fernsehen) bis hin zu Parlamenten und Regierungen – ist es, das Bewußtsein für die Probleme des Älterwerdens zu schär-

fen. Aufgabe der Politik und der Sozialpartner ist es aber auch, darauf hinzuwirken, daß der Übergang von der Erwerbsarbeit in den verdienten Ruhestand gleitend ausgestaltet wird. **Der Eintritt in den Ruhestand darf nicht mit dem Austritt aus der Gesellschaft verbunden sein.**

Die Politik hat die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß der ältere Mensch nach dem Ausscheiden aus seiner beruflichen Tätigkeit als vollwertiges Mitglied unserer Gesellschaft anerkannt bleibt. Dies bedeutet auch, daß die **Mitwirkungsmöglichkeiten** der Senioren in den staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen zu verbessern sind. In der Bundesrepublik Deutschland



Gerhard Braun, MdB

leben rund 12 Millionen Menschen, die 60 Jahre und älter sind. Sie erwarten einen Ansprechpartner für ihre Anliegen in Bonn.

Seniorenpolitik hat jedoch ihren Anfang in der Gemeinde. Aus diesem Grund ist die Mitwirkung der Senioren an den Entscheidungen in ihrer Gemeinde durch die **Bildung von Seniorenbeiräten** zu stärken.

Anmerkung: Gerhard Braun, MdB, ist der Seniorenbeauftragte der CDU Deutschlands.

„Für Senioren – Mit Senioren“ ist der Titel des Senioren-Handbuchs, das Interessenten bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Hauptabt. Öffentlichkeitsarbeit, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, anfordern können.

Evangelische Kirche: „Abwärtsspirale“ durch Mitgliederschwund

– EKD-Studie: Im Jahr 2030 nur noch ein Drittel Protestanten –

Frankfurt a. M. (epd). Der Rückgang der evangelischen Kirchenmitglieder auf ein Drittel der bundesdeutschen Gesamtbevölkerung im Jahr 2030 kann zu einer „Abwärtsspirale“ führen, die das gesellschaftliche Gewicht der evangelischen Kirche stark mindert. Zu diesem Ergebnis kommt eine interne Studie der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), die jetzt dem Evangelischen Pressedienst bekannt wurde. Die von der Studien- und Planungsgruppe des Kirchenamtes der EKD (Hannover) verfaßte Studie über das Thema „Strukturbedingungen der Kirche auf längere Sicht“ enthält erstmals zum Teil einschneidende Konsequenzen, die sich aus der Minderheitensituation in Zukunft ergeben.

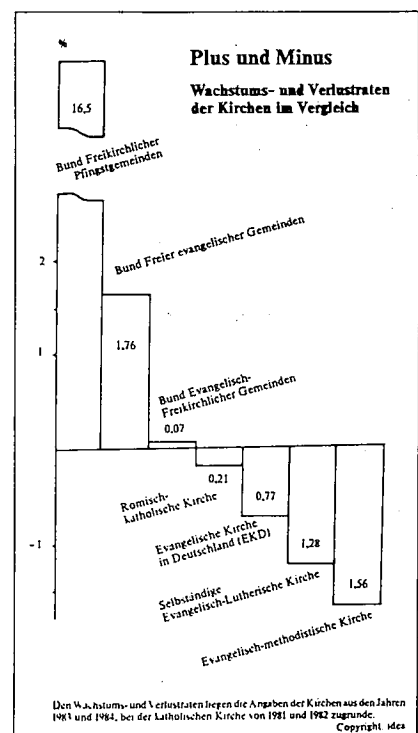
Nach den Modellrechnungen der EKD-Planer wird der Anteil der Protestanten an der Gesamtbevölkerung, der 1970 noch fast

50 Prozent betrug, im Jahr 2030 nur noch 30 bis 40 Prozent ausmachen. Während von 1980 bis 2030 mit einer Halbierung der Mitgliederzahlen gerechnet wird, sinkt in diesem Zeitraum das Finanzaufkommen der evangelischen Kirchen auf voraussichtlich 40 bis 46 Prozent der Einnahmen im Jahr 1980.

Gewicht der Katholiken wächst

Folge des erheblichen Mitgliederschwundes bei den Evangelischen ist nach der Studie die zunehmende Bedeutung der „Konfession der Konfessionslosen“ und der katholischen Kirche, die eine geringere Austrittsrate und höhere Geburtenraten bei ihren Mitgliedern verzeichnen. Eine Verschlechterung der Rahmenbedingungen wird auch beim Kirche-Staat-Verhältnis erwartet. Dazu heißt es: „Das bereits gegenwärtig zu beobachtende, durch vielerlei Gründe bedingte „härtere

Klima“ zwischen staatlichen Stellen und evangelischer Kirche wird sich weiter versteifen.“



Aus unserer Arbeit

Biologie-Professor referierte beim EAK – Aktuelle Umweltprobleme im Blickpunkt

Albstadt. „Viele Menschen merken gar nicht mehr, was ihnen entgeht, wenn sie die Schönheit der Landschaft und die Vielfalt der Formen von Pflanzen und Tieren in ihrer natürlichen Umgebung nicht mehr zur Kenntnis nehmen“: so der Biologie-Professor **Dr. Foko Weberling** auf einer Vortragsveranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU (EAK) und der Jungen Union Albstadt zum Thema „Ökologie – Schöpfungsauftrag und Ersatzreligion“.

In seinem Vortrag ging der Wissenschaftler ausführlich auf aktuelle Umweltprobleme ein und unterstrich dabei das positive Verbundensein mit der Natur, als Grundhaltung des Christen gegenüber der Schöpfung.

Neben dem Vorsitzenden der CDU Albstadt, **Hubert Wicker**, und dem Fraktionsvorsitzenden der CDU im Albstädter Gemeinderat, **Karl Raible**, konnte der Vorsitzende des EAK im Zollernalbkreis, **Rainer Sindlinger**, eine ganze Reihe von interessierten Zuhörern begrüßen.

Das „C“ in der Union nur Kennzeichnung für Standort

Überlingen. „Es liegt in der Tradition des Christentums, für die staatliche Ordnung – für die Demokratie – einzutreten“, betonte **Jörg M. Fröhlich**, Leiter der Abteilung Grundsatz und Politik vom CDU-Landesverband Baden-Württemberg auf einer Versammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Bodensee-Kreis. Im Mittelpunkt des Abends stand die Denkschrift der Evangelischen Kirchen in Deutschland (EKD), „Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie. Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe“.

Man müsse, so Fröhlich, der EKD dankbar sein für die Einmütigkeit, mit der die Denkschrift feststelle, daß „nur in einer Demokratie Nähe zum christlichen Menschenbild vorhanden“ sei. Nur eine Demokratie könne der Menschenwürdigkeit gerecht werden. Nur in einer Demokratie könnten, wie in unserem Grundgesetz, die Menschenrechte als unmittelbar geltendes Recht gesetzt werden. Die Garantie der Menschenrechte und der persönlichen Freiheit lasse es zu, daß sich ein einheitliches Weltbild entwickeln könne.

Referat und Diskussion zeichneten sich durch ein hohes Niveau aus. Es ist bedauerlich, daß Veranstaltungen dieser Art, die nicht im unmittelbar aktuellen Raum angesiedelt sind, sondern sich mit grundsätzlichen Fragen beschäftigen, relativ schwach besucht werden. Man zählte nur etwa 20 Teilnehmer. Besonders vermißt wurden Gäste aus dem kirchlichen Bereich. In der Diskussion wurde die Demokratiedenkschrift als Geschenk der EKD an die Republik bezeichnet. Die Annahme des Geschenks wäre wünschenswert.

Die Christen sind die Stütze der Union

Dillenburg. Über „Die Politik der Union aus evangelischer Verantwortung“ referierte der Bundesgeschäftsführer des Evangelischen Arbeitskreises der CDU (EAK), **Erhard Hackler**. Den Zuhörern im evangelischen Gemeindehaus am Zwingel – unter ihnen Christian Lenzer und Erwin Immel – wurde ein fundierter Vortrag geboten. Obwohl die Vereinigung der „Christlich Sozialen“ und der „Christlichen Demokraten“ eigentlich gekennzeichnet sei von der Überwindung konfessioneller Gegensätze, setze man auch heute noch häufig Konfessionszugehörigkeit und Wahlverhalten gleich. Die Sozialdemokraten erhielten Unterstützung von Protestanten, Arbeitern und Gewerkschaftern, kirchentreue katholische Christen wählten CDU oder CSU.

Die protestantischen Wähler seien eigentlich bestimmend beim Entscheid über parlamentarische Mehrheiten, behauptete Hackler. Sie würden ihre politische Einstellung rascher und häufiger wechseln. Die SPD bestärke unter anderem mit der Wahl des Synodalen Johannes Rau zum Kanzlerkandidaten die „Identifikation weiter Teile des Protestantismus mit der SPD.“ Auf die Politik des sozialdemokratischen Kanzleranwärters eingehend, gelangte Erhard Hackler zu dem Schluß: „Rau hat keine Sachkompetenz!“

Auf die Rolle des Evangelischen Arbeitskreises eingehend, sagte Hackler, er habe eine Art Vermittlerfunktion, wo programmatischer Anspruch und konkrete Politik zusammenstießen.

Parteien und ihre Politiker als solche könnten nicht christlich sein, aber es komme auf die Christen und ihr Wirken in diesen Parteien an, erklärte Erhard Hackler weiter.

„Als Protestanten sind wir in den Parteien selbst und nach außen jener integrierende Bestandteil, der aus einer christlich-sozialen und einer christlich-demokratischen Partei erst eine Union macht“, formulierte Hackler.

Der EAK sei wie die CDU politische Partei gegenüber der Kirche. „Er ist nicht Partei in der Kirche!“ Das „C“ sei aber ohne das „U“ im Parteinamen ebenso wenig denkbar wie es umgekehrt der Fall sei. Protestanten und Katholiken müßten gemeinsam Grundsätze und Perspektiven ihrer Volkspartei leben. Der EAK sei ein Standbein einer solchen Union. „Gäbe es ihn nicht, so müßte man ihn erfinden!“ schloß Hackler.

Quelle: Dill-Zeitung, 28. April 1986

„Kein Verständnis für Pfarrer in Hüttenkirchen“

Korbach/Frankenberg. Zur parteipolitischen Zurückhaltung hat in Korbach der Staatsminister beim Bundeskanzler und stellvertretende Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, **Friedrich Vogel (MdB/Ennepetal)**, die Träger kirchlicher Ämter aufgefordert.

Vogel, der auf die Demokratiedenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland einging, stellte fest, daß der kirchliche Amtsträger um seines Amtes willen zu parteipolitischer Zurückhaltung verpflichtet sei. Er dürfe nicht die Kirche für seine persönlichen Entscheidungen in Anspruch nehmen.



Dieser Aufkleber wird zur Zeit von den Dekanaten der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern verteilt. Für DM -,30 ist er auch bei der „gwd“ Gestaltung-Werbung-Druck GmbH, Birkerstraße 22, 8000 München, erhältlich.

Der Minister sagte in der Gründungsversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Waldeck-Frankenberg, er habe kein Verständnis dafür, wenn Pfarrer – sogar im Talar – mit Bauplatzbesetzern in „Hüttenkirchen“ Gottesdienste feierten, wenn Vikare öffentliche Aufrufe zur kollektiven Wehrdienstverweigerung unterschrieben, wenn ein Religionslehrer die Kinder eines Militärggeistlichen wegen des Berufs, den ihr Vater ausübe, vor der Klasse lächerlich mache oder dem Brautpaar vor der festlichen Gemeinde die Trauung verweigert werde, weil der Bräutigam die Uniform der Bundeswehr trage.

In der Versammlung wurde Landrat **Dr. Günter Welteke** einstimmig zum Kreisvorsitzenden gewählt. Zu stellvertretenden Vorsitzenden berief der Arbeitskreis **Irene Pilger** (Korbach) und **Dr. Friedrich Krapp** (Frankenberg). Als Beisitzer gehören dem neuen Kreisvorstand **Gisela Paul** (Bad Wildungen), **Klaus-Jürgen Meisner** (Waldeck), **Alf Höfer** (Lichtenfels) und **Wilhelm Weinreich** (Gemünden) an.

Die Versammlung hatte **Lutz Wrasmann** geleitet. Er konnte als Gäste zahlreiche Pfarrer und Vorstände der evangelischen Kirchengemeinden begrüßen.

„Kann Politik noch Vertrauen vermitteln?“

Pinneberg. Kann Politik noch Vertrauen vermitteln? Dies war das erste von sechs Themen einer Veranstaltungsreihe des EAK Pinneberg.

Zu dieser Frage sollten die Anwesenden „frei-weg“ ihre Meinung äußern, deshalb wurde zu dieser Fragestellung kein Referat gehalten.

In einer kurzen Einleitung zur Diskussion stellte der EAK-Kreisvorsitzende, **Hans Bleckmann**, die Frage, ob angesichts ständig wachsender Problemfelder und Wissensgebiete „Vertrauen überhaupt noch möglich ist“, und „ob wir heutzutage nicht geradezu der Gefahr ausgesetzt sind, einem ständig zunehmenden Mißtrauen gegenüberzustehen, weil es den Menschen nahezu unmöglich wird, die komplexen Lebens- und Umweltzusammenhänge zu überschauen“.

Den Ausführungen des EAK-Kreisvorsitzenden schloß sich eine lebhaftere Diskussion an, die deutlich machte, daß das Vertrauen in die Politiker vor allem auch dadurch mäßig ist, weil Sachverhalte nicht gründlich diskutiert werden. Sehr häufig werden Schlagworte von Politikern benutzt, obwohl diese oftmals kaum eine Unterweisung in die zusammenhängenden Probleme erhalten haben. Wiederholt wurde darauf hingewiesen, daß die Arbeit in der Politik sachbezogener sein sollte, vor allem sei es notwendig, in der

Argumentation und in der politischen Sachdarstellung mehr dem Gebot der Fairneß zu folgen.

Letztlich zeigte die Diskussion auch, wie Begriffe vordergründig belegt und wie mißdeutbar sie gebraucht werden. Dies wurde insbesondere am Beispiel des § 116 AFG nachdrücklich demonstriert.

Dieser Diskussionsabend des EAK machte deutlich, daß die Politiker bei den zu bewältigenden Zukunftsaufgaben auf Vertrauen angewiesen sind. Sie müssen erkennen, daß sie ohne fundiertes Wissen und allein mit Profitstreben kein Vertrauen für sich gewinnen können. Die Aussage eines Anwesenden: „Weil ich Demokrat bin und zur Demokratie stehe, bin ich zur Kommunalwahl am 2. März 1986 gegangen, aber aus Überzeugung konnte ich keine Partei und keinen Politiker wählen“, sollte ein Signal sein.

Diese Diskussion zeigte aber auch, daß die Themenvielfalt eine sachgerechte, faire und vertrauensbildende Aufklärungsarbeit außerordentlich erschwert. Gerade deshalb sind Bürger und Politiker aufgerufen, sich ständig mit dem notwendigen Wissen der umfangreichen Sachverhalte vertraut zu machen.

Bibel ist kein „politisches Rezeptbuch“

Ettlingen. Die Bibel dürfe nicht als „Rezeptbuch für politische Arbeit“ gesehen werden. Liebe, Friede, Freiheit, Versöhnung und Hoffnung sollten vielmehr das Handeln bestimmen. Das erklärte **Dr. Michael Feist**, der geschäftsführende Landesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) Baden bei der Gründungsversammlung am Montagabend im Stephanus-Stift. Es gehe auch darum, vor einer Klerikalisierung des politischen Geschehens zu warnen. Aufgabe einer christlich orientierten Politik sei es, nicht die Welt neu zu gestalten, sondern das Anvertraute zu übernehmen und zu formen.

Bürgermeister i.R. **Camill Siegarth** hat die Gründungsversammlung geleitet, zu deren Beginn Krankenhauspfarrer **H. F. Sternberg** in einer biblischen Besinnung über **Dietrich Bonhoeffers** Gedanken „Beten und Tun des Gerechten“ gesprochen und den Buchstaben C im Namen der Partei als Verpflichtung und Auftrag herausgestellt und gefordert hatte, daß am C und dessen Grundsätzen festgehalten werden müsse.

Der geschäftsführende Landesvorsitzende Dr. M. Feist, der die Aktualität politischen Handelns umriss, Ziele des EAK aufgezeigt hatte, schuf schließlich die Basis für die Gründung, die auch vom CDU-Stadtverbandsvorsitzenden **Hans Albert Modler** begrüßt worden ist. Zur Vorsitzenden wurde **Inge Grether** ge-

wählt, ihre drei Stellvertreter sind **Horst Rapke**, **Hans-Wernher Renisch** und **Wolfgang Egger**, Kassierer wurde **Siegfried Erdmann** und Schriftführerin **Karin Rechlin**. Als Beisitzer gehören **Irma Protze**, **Jahne Brand** und **Helmut Haas** dem Vorstand an.

Letzte Werte nötig für den Menschen

Erbach. „Was berechtigt die Union zum C“ lautete das Thema eines Vortragsabends, der vom evangelischen Arbeitskreis der CDU mit **Jörg M. Fröhlich** in Erbach veranstaltet wurde.

Die Politik der CDU/CSU beruhe auf dem christlichen Verständnis des Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Politik und Religion seien nicht identisch, aber stünden zueinander in unlösbarem Verhältnis. Es gebe einen Zusammenhang von Freiheit, Ordnung, Recht, Moral und Christentum. Die Regeln für ein friedliches menschliches Zusammenleben gründeten sich im Vertrauen auf Gott und auf einer Vorstellung von Gerechtigkeit und Wahrheit. Die Wurzeln des Grundsatzes der Zuverlässigkeit lägen darin, daß die Menschen nicht nur natürliche, sondern auch höhere Bindungen anerkennen. Das Verhalten des Menschen sei so charakterisiert, daß er sich auf letzte Werte oder Gründe angewiesen vorkomme.

Im Bündnis verankert

Rosellerheide. **Barbara Könitz**, hauptberufliche Mitarbeiterin des Bundes der Vertriebenen, sprach vor den Mitgliedern des Evangelischen Arbeitskreises der CDU des Kreises Neuss. Vom Vorsitzenden **Jürgen Brandt** in das Thema eingestimmt, beantwortete die Referentin die Frage, ob die Zukunft der Bundesrepublik in der Neutralität liege eindeutig mit nein: „Unsere Sicherheit ist nur denkbar, wenn wir im westlichen Bündnis verankert bleiben.“

Führt Südafrika zur Spaltung der Kirche?

Karlsruhe/Freiburg. Besteht die Gefahr einer Spaltung der badischen Landeskirche aufgrund politischer Meinungsverschiedenheiten? Diese Frage stellt sich der Evangelische Arbeitskreis (EAK) der CDU in Baden. Anlaß dazu bildete, wie ein Sprecher des EAK-Landesvorstandes in einer Mitteilung gegenüber der Presse erklärte, die Diskussion zum Thema Südafrika während der letzten Sitzung der Landessynode.

Der Synode lag damals ein Antrag vor, alle Geschäftsbeziehungen mit Banken zu kündigen, die weiterhin das Südafrika-

geschäft betreiben. Die Entscheidung über den Antrag wurde dann auf die Herbstsitzung der Synode vertagt. Nach Worten von Landesbischof Prof. Dr. Klaus Engelhardt werde die zu erwartende Synodalentscheidung, gleich wie sie ausfalle, Wunden hinterlassen (epd 127/10.4.86). Der EAK, so ein Sprecher weiter, hofft, daß eine Versachlichung der Diskussion eintrete, und daß der Ruf des

Landesbischofs zu Einheit und Versöhnung Gehör finde.

Die Apartheidpolitik der südafrikanischen Regierung wird vom EAK-Baden deutlich abgelehnt. Die dort praktizierte Rassentrennung, so der EAK-Sprecher weiter, sei ein Verstoß gegen die Menschenwürde und das christliche Zeugnis. Es sei geboten, eine gewaltlose und friedliche Lösung zu finden. Sicherlich sei hier

auch die Kirche gefragt. Doch dürfe sie keine einseitigen politischen Schritte erwägen, die von anderen Christen nicht mitgetragen werden könnten. Aus ihrem Glauben heraus könnten Christen sehr wohl zu unterschiedlichsten konkreten politischen Vorgehensweisen kommen. Bei aller Diskussion darüber müßten innerhalb der Kirche ihre Einheit und ihr Verkündigungsauftrag im Mittelpunkt stehen.

Buchbesprechungen

Eberhard Bethge, Renate Bethge,
Christian Gremmels

Dietrich Bonhoeffer

Bilder aus seinem Leben

Redaktion Ulrich Kabitz, ca. 200 Seiten,
ca. 400 Abb., Format 21 x 27 cm, geb. ca.
48,- DM.

Dieser Bildband schildert auf seine eigene Weise Dietrich Bonhoeffers Leben, Umwelt und Zeitgenossenschaft. Dazu dienen mehr als 400, zu einem beträchtlichen Teil noch unveröffentlichte Abbildungen: Porträts von Ahnen, Gruppenaufnahmen von Familienfesten, Pressefotos vom Zeitgeschehen, Stadtpläne und Landkarten, Bildpostkarten von Auslandsreisen, Flugblätter, Zeitungsausschnitte, Dokumente, Manuskriptseiten, Buchumschläge und Plakate. In den zehn Kapiteln wird jeweils ein Lebensabschnitt durchschritten, wobei sich der persönlich-familiäre Bereich immer wieder zu den Umfeldern etwa des Kirchenkampfes oder des politischen Widerstands ausweitet. Knappe Texte geben die nötige Information und Orientierung, lassen aber aufs Ganze die Bilder reden. Sie werden sicher auf beiden Seiten Eindruck machen: sowohl bei denen, die mit Bonhoeffers Welt vertraut sind und sie hier erneut vergegenwärtigt finden, als auch bei denen, die heutzutage nach Zugängen zu ihr verlangen.

Die Autoren: Prof. Dr. Eberhard Bethge DD. lebt, wie seine Frau Renate, eine

Nichte Bonhoeffers, in Wachtberg-Villiprott. Dr. Christian Gremmels ist Professor für Evangelische Theologie an der Gesamthochschule Kassel.

PAUL MIKAT

GESCHICHTE RECHT RELIGION POLITIK

Erster Band

Herausgegeben von
D. Giesen und D. Ruthe

Ferdinand Schöningh

Paul Mikat, **Geschichte, Recht, Religion, Politik**, 2 Bände, hrsg. v. D. Giesen und D. Ruthe, Ferdinand Schöningh Verlag, geb. zus. DM 98,-.

Die hier vorgelegte zweibändige Auswahl umfaßt ein breites Spektrum des wissenschaftlichen und politischen Wirkens Paul Mikats, vor allem zahlreiche Arbeiten zu den Themenbereichen Geschichte, Recht, Religion und Politik, die das weitgefächerte wissenschaftliche Interesse dieses Autors ebenso widerspiegeln wie die Vielfalt politischer Aufgaben, die ihm seit mehr als zwei Jahrzehnten obliegen. In ihrer Verbindung von Geschichte und Gegenwart einerseits und historischer Grundlegung politischen Handelns andererseits kennzeichnen sie das Werk eines Autors, der sich in Wissenschaft und Politik aus ebenso zahlreichen wie unterschiedlichen Anlässen zu Fragen des geltenden Rechts, der Rechtsreform, der politischen Theorie und Kultur oder zur Bildungs- und Kulturpolitik im umfassendsten Sinn geäußert hat.

Die aus verstreuten Quellen vereinten Beiträge werden hier erstmals einem breiteren Kreis zugänglich gemacht, sie weisen weit über den Bereich des geltenden Rechts und tagespolitischer Einzelfragen hinaus und enthalten grundlegende Gedanken zum Bereich politisch verantwortlichen Handelns, die zum bleibenden Argumentationspotential im Spannungsverhältnis zwischen Ethik, Recht und Politik zählen müssen.